



Peter Müller
Ministerpräsident des Saarlandes

„Deutschland und Frankreich – Motor der europäischen Entwicklung“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
vielen herzlichen Dank für das freundliche Willkommen, vielen Dank
für die viel zu liebenswürdigen Beschreibungen meiner Person. Ich freue
mich, heute Abend hier sein zu können, bedanke mich für die Einla-
dung beim Übersee-Club und bei der Gesellschaft Cluny. Ich bin gerne
gekommen, obwohl ich eigentlich ein Stück weit heute Abend ultra vires
rede. Ultra vires deshalb, weil ja die Motivation, mich einzuladen, wenige
mit der Position und der Funktion des Saarländischen Ministerprä-
sidenten verbunden ist, sondern mit der Funktion des Bevollmächtigten
der Bundesrepublik Deutschland für die kulturelle Zusammenarbeit
zwischen Deutschland und Frankreich auf der Basis des Élysée-Vertra-
ges verbunden war.

Das war der offizielle Titel, der auf keine Visitenkarte passt. Ich habe
diese Funktion bis zum 31. 12. des vergangenen Jahres wahrgenommen.
Weil diese Funktion nach vier Jahren aber immer wechselt und jeweils
ein anderer Ministerpräsident die Funktion wahrnimmt und weil diese
Funktion auch immer zwischen christdemokratischen Ministerpräsiden-
ten und sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wechselt, wird dieses
Amt jetzt von dem Regierenden Bürgermeister Berlins Klaus Wowereit
wahrgenommen. Eigentlich müsste also heute Abend Klaus Wowereit
vor Ihnen stehen. Sie haben mir Gelegenheit gegeben, trotzdem zu kom-
men, und das war auch gut so.

Die Funktion des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland
für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frank-
reich ist natürlich ein Kind des deutschen Föderalismus. Diese Funktion
ist entstanden auf der Basis des Élysée-Vertrages vor dem Hintergrund,
dass Charles de Gaulle und Konrad Adenauer damals der festen Über-
zeugung waren, dass sicherlich mit der wichtigste Teil des deutsch-fran-
zösischen Aussöhnungsprozesses derjenige des Kontaktes zwischen jun-
gen Menschen, derjenige des Austausches zwischen Schülerinnen und
Schülern, zwischen Jugendlichen ist. Dies ist nun einmal ein Bereich,
der nach den föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland in
die Zuständigkeit der Länder gehört.

Aus Respekt vor diesem Umstand, aus Respekt vor der Kulturhoheit
der Länder, wurde dann diese Funktion des Kulturbewollmächtigten
geschaffen. Dieser Kulturbewollmächtigte ist aus französischer Sicht
Mitglied der deutschen Bundesregierung, vertritt die Bundesrepublik
Deutschland als nationales Regierungsmitglied. Ich habe diese Funk-
tion in den vergangenen vier Jahren wahrgenommen, war also zeitweilig
das einzige christdemokratische Mitglied der damaligen rot-grünen
Bundesregierung und es ist sogar so, dass aus französischer Sicht dieser
Kulturbewollmächtigte protokollarisch unmittelbar dem Bundeskanzler
und dem Bundesaußenminister als dann die Nummer drei folgt. Das war
zu rot-grünen Zeiten nicht immer einfach. Bei deutsch-französischen
Ministerräten ergab sich dann bisweilen die Situation, wenn ich das
anekdotisch erwähnen darf, dass wir zu Regierungskonferenzen kamen,
die deutsche Bundesregierung mit ihren Ministern und Kanzler und
Außenminister waren bereits vorher angereist.

Damit war der Kulturbewollmächtigte Leiter der Delegation. Wie wir wissen, war der damalige Bundesinnenminister Otto Schily nicht unbedingt durch ein über großes Maß an fehlendem Selbstbewusstsein geprägt. Was ihn veranlasste, dann bei einer solchen Gelegenheit natürlich, wie er es für angemessen erachtete, bei der Wagenkolonne den ersten Wagen zu besteigen. Dass dann ausgerechnet der Saarländische Ministerpräsident, über den er sich in der Zuwanderungsdebatte mehrfach öffentlich kräftig geärgert hatte, derjenige war, dem dieser Wagen zu stand, war für Otto Schily ein schwerer Schlag.

Im Ernst: Ich glaube, dass die Vorstellung, dass die deutsch-französischen Beziehungen in besonderer Weise eine Frage auch des kulturellen Austausches sind, eine richtige Vorstellung ist. Deshalb glaube ich auch, dass es von den Vätern des Élysée-Vertrages klug und weitsichtig war, diese Einrichtung des Kulturbewollmächtigten zu schaffen. Wenn Sie sich die deutsch-französische Geschichte anschauen, dann, glaube ich, macht diese Geschichte sehr deutlich, dass Deutschland und Frankreich in einer Schicksalsgemeinschaft zusammengebunden sind. Wenn die deutsch-französischen Beziehungen intakt waren – wenn diese beiden Länder zusammengearbeitet haben –, war es nicht nur gut für die bilateralen Beziehungen, sondern es war gut für Europa. Und wenn diese beiden Länder sich nicht verstanden haben, wenn man sich als Gegner, als Feind gegenübergetreten ist, hat ganz Europa darunter gelitten. Es soll ja Robert Schuman gewesen sein, der auf die Frage, was er denn anders machen würde, wenn er sich noch einmal mit der Frage der europäischen Einigung zu beschäftigen hätte, geantwortet haben soll: „Wenn ich noch einmal beginnen würde, ich würde im Feld der Kultur beginnen.“ Deshalb glaube ich schon, dass es richtig und vernünftig ist, diese Frage – wie sorgen wir denn dafür, dass die Schicksalsgemeinschaft Deutschland und Frankreich eine ist, die sich positiv entwickelt – dass man diese Frage sehr stark auch verbunden hat mit der Frage des kulturellen Austausches.

Das ist natürlich auch der zentrale Austausch auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Die deutsch-französischen Beziehungen mögen in den Köpfen der Politiker so gut funktionieren, wie sie wollen, wenn sie nicht in den Herzen der Menschen verankert sind, wird das auf Dauer nichts nützen. Gerade mein Bundesland, Sie haben das angesprochen, das Saarland, ist mit den Wechselfällen der deutsch-französischen Geschichte in besonderer Weise verbunden. In den letzten 200 Jahren wurde das Saarland achtmal hin und her geworfen. Mein Großvater, 1886 geboren, hat, ohne dass er – außer zu kurzen Reisen – jemals das Saarland verlassen hat, fünfmal in seinem Leben einen anderen Pass erhalten. Zunächst den Pass des Deutschen Reiches, dann – nach 1918 – den des Völkerbundes. Nach einer Volksabstimmung im Jahre 1933, in der damals schon das Saarland sich mehrheitlich dafür entschieden hat, Teil Deutschlands sein zu wollen, denjenigen des 1000-jährigen Reiches, das ja Gott sei Dank nach 12 Jahren zu Ende war. Sodann einen eigenen saarländischen Pass in der Zeit nach 1945, in der das Saarland unter französischer Verwaltung stand und eigentlich angestrebt war, dauerhaft dem Land einen europäischen Status zu verleihen.

Nach der Volksabstimmung im Jahr 1955 über diesen europäischen Status, der von der damaligen saarländischen Landesregierung, von der französischen Regierung und von der damaligen Bundesregierung, auch von Konrad Adenauer, gewollt war, der aber bei der Volksabstimmung keine Mehrheit hatte, wieder den deutschen Pass. Die Menschen haben sich 1955 mit einer deutlichen Mehrheit, mehr als zwei Dritteln, gegen das europäische Statut des Saarlandes ausgesprochen. Ob das wirklich die richtige Entscheidung für das Saarland war, kann heute niemand

mehr abschließend beurteilen. Jedenfalls wurde das Saarland als 11. Bundesland Teil der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind ein neues Bundesland, mit 10-jähriger Verspätung dem Staatsverband der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. Deshalb ist es eigentlich – am Rand bemerkt – ein Skandal, dass das Saarland keine Zahlungen aus dem Solidarpakt erhält.

Das Saarland ist also wirklich eine Region, die in ihrer eigenen Geschichte mit den Wechselfällen der deutsch-französischen Beziehungen in besonderer Weise verbunden ist. Eine Region, die deshalb an einem intakten deutsch-französischen Verhältnis in besonderer Weise interessiert sein muss. Und eine Region, die sich vor diesem Hintergrund ein paar Sorgen macht. Warum?

Die deutsch-französischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, das ist eine Erfolgsgeschichte. Vielleicht die große Erfolgsgeschichte der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Da sind in einer historisch atemberaubenden Geschwindigkeit aus Feinden Freunde geworden. Um noch einmal an meinen Großvater zu erinnern: Er hat in der Schule noch gelernt: „Frankreich ist unser Erbfeind.“

Im Rathaus in Saarbrücken gibt es heute noch ein Glasfenster, das einen preußischen Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett zeigt, und darunter steht der Satz: „Jeder Stoß ein Franzos““. Das ist nun mal gerade drei Generationen her. Länger nicht. Und trotzdem ist es uns gelungen, ich sage noch einmal, in einer nach meinem Dafürhalten atemberaubenden Geschwindigkeit, den Weg der Aussöhnung zu gehen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich dann auch sagen, dass die Bereitschaft, diesen Weg zu gehen, von deutscher Seite möglicherweise einfacher zu entwickeln war als von französischer Seite.

Frankreich hat im II. Weltkrieg unter den Nationalsozialisten gelitten, einen hohen Blutzoll gezahlt. So war unmittelbar nach 1945 die Versuchung, nicht den Weg der Versöhnung, sondern den Weg der Vergeltung zu gehen, sicherlich vorhanden. Auf der deutschen Seite war es sicherlich einfacher zu sagen: „Nie wieder Krieg – wir wollen nicht, dass sich das, was wir erlebt haben, jemals wiederholt – und deshalb wollen wir schauen, dass aus den Gegnern der Vergangenheit die Freunde der Zukunft werden.“ Ich würde mir bei mancher Debatte wünschen, dass diese Versöhnungsleistung der französischen Seite nicht völlig in Vergessenheit gerät. Wie auch immer, es ist jedenfalls mit vielfältigen Maßnahmen gelungen, innerhalb von zwei Generationen eine belastbare Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen.

Dazu hat das deutsch-französische Jugendwerk beigetragen, dazu haben die Städtepartnerschaften beigetragen, dazu haben viele, viele Initiativen der Zivilgesellschaft beigetragen. Das alles darf aber kein Grund für Selbstzufriedenheit sein. Ich glaube, heute sind wir an einem nicht unbedenklichen Punkt angelangt. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich erinnert etwas an die Situation, die es manchmal bei älteren Ehepaaren geben soll. Eine Situation, die dadurch geprägt ist, dass man sich kennt, dass man miteinander lebt, dass man sich eigentlich aber nicht mehr viel zu sagen hat.

Wir brauchen, insbesondere wenn wir die junge Generation für die Idee der deutsch-französischen Freundschaft begeistern wollen, neue Begründungen. Die Frage der Aussöhnung ist eine Frage, die meinen Sohn mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis schlicht nicht mehr interessiert. Da ist nichts mehr auszusöhnen. Dieses Projekt ist gelungen und deshalb müssen wir uns natürlich schon fragen, ist das immer noch eine ganz besondere Beziehung und welche Aufgabe, welche Funktion hat diese besondere Beziehung zwischen Deutschland und

Frankreich. Ich glaube, es ist – Stichwort: Schicksalsgemeinschaft – nach wie vor eine besondere Beziehung. Es ist auch notwendig, diese besondere Beziehung weiterhin zu pflegen. Ich glaube, dass es eine Funktion in Zukunft gibt, die von beiden Ländern noch stärker wahrgenommen werden kann als in der Vergangenheit. Meine feste Überzeugung ist, Deutschland und Frankreich gemeinsam müssen der Motor der Weiterentwicklung der Europäischen Union sein.

Wenn Sie sich die Entwicklung der Europäischen Union in der Vergangenheit anschauen, dann ist es so, dass immer dann, wenn es gelungen ist, die durchaus unterschiedlichen Betrachtungsweisen europäischer und internationaler Fragen zwischen Deutschland und Frankreich zu einem Konsens zusammenzuführen, dies auch gesamteuropäisch konsensfähig war. Dies hat mit unterschiedlichen Traditionen dieser beiden Länder zu tun, mit der Folge, dass dieses unterschiedliche Denken zu unterschiedlicher Akzeptanz bei unterschiedlichen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft geführt hat. Deshalb glaube ich, dass hier der große politische Auftrag für diese beiden Länder liegt. Ich würde gerne nachher ein paar Sätze dazu sagen, wie zumindest nach meiner Überzeugung dieser Auftrag ausgeführt werden kann.

Ich will aber vorweg ein paar Sätze zu der Frage sagen: Was können wir denn tun, damit wir aus der Situation des „älteren Ehepaars“ herauskommen? Notwendig ist, dass die Lebendigkeit des deutsch-französischen Verhältnisses nicht nur auf der politischen Ebene, sondern insbesondere auf der Ebene der Zivilgesellschaft gepflegt und weiterentwickelt wird. Das ist der originäre Job, die originäre Aufgabe auch des Kulturbewollmächtigten. Ein großes Problem in dem Zusammenhang ist die Tatsache, dass man sich ja eigentlich nur versteht, wenn man sich versteht. D. h., wer den Nachbarn wirklich verstehen will, braucht auch den Zugang zu seiner Sprache. Tatsache aber ist, dass die Zahl der Deutschlerner in Frankreich und die Zahl der Französischlerner in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich rückläufig war.

Ein Grund für diese Entwicklung war die Vorstellung, dass in einem internationalen, in einem globalen Kontext sowohl die deutsche als auch die französische Sprache eine Sprache von untergeordneter Bedeutung ist. Dass diese Vorstellung zunehmend besteht, dokumentiert gegenwärtig die intensive Debatte um Französisch in der Schule im Bereich des Oberrheingrabens, die Züge eines Kultukampfes trägt.

Eines meiner ersten Gespräche mit einem französischen Kulturminister, der in Heidelberg studiert hatte, der Kant ins Französische übersetzt hatte, Namen tun nichts zur Sache, begann mit der Feststellung, für ihn gelte „l’Anglais d’abord – Englisch zuerst“ und erst dann könne über sonstige Sprachen geredet werden. Dass Englisch eine Sprache ist, die mittlerweile ein Muss ist, ich glaube, darüber sollte man nicht streiten. Die Frage heißt deshalb auch nicht – Englisch oder eine andere Sprache – Englisch oder Französisch, sondern die Frage kann nur heißen: Englisch und eine andere Sprache! Ich glaube, für uns muss gelten: Englisch und eine andere Sprache mit einer Priorität, die regional unterschiedlich ausgeprägt sein kann. Das kann dann eben auch bedeuten: Englisch und Französisch. Der Nachfolger des eben genannten Kulturministers hat irgendwann gesagt: „Wir können diesem Prozess, dass es immer weniger Leute in Deutschland gibt, die Französisch können, immer weniger Leute in Frankreich, die Deutsch können, nicht weiter zuschauen. Wir brauchen eine Strategie der Privilegierung der Sprache des Nachbarn.“ Genau dies haben wir dann umgesetzt und eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Es gab Werbemaßnahmen an den Schulen für die Sprache des Nachbarn. Wir haben ein eigenes Zertifikat eingeführt,

das man an den Schulen erwerben kann. Wer das Zertifikat erwirbt, erwirbt damit auch den Anspruch auf einen mehrmonatigen Aufenthalt im Partnerland. Wir haben die Bildungssysteme ein wenig angeglichen und haben es mit all diesen Maßnahmen geschafft, dass im vergangenen Jahr erstmals die Zahl der Deutschlerner in den Schulen in Frankreich und die Zahl der Französischlerner in Deutschland in den Schulen wieder angestiegen ist. Wir haben die Entwicklung umgedreht. Es war schwierig, es war ein Kraftakt, ich halte es aber für wichtig und für notwendig und glaube, dass es ein Thema ist, mit dem man sich weiterbeschäftigen muss.

Darüber hinaus ist etwas Weiteres gelungen, was nach meiner Kenntnis bisher einzigartig auf der Welt ist. Im vergangenen Jahr hat das erste gemeinsame Geschichtsbuch für die Schule, für die gymnasiale Oberstufe in Deutschland und Frankreich, das Licht der Welt erblickt. Es gibt also mittlerweile ein Schulbuch, das Geschichte identisch beschreibt, genau identische Texte in Frankreich und in Deutschland, ein Projekt, das es vergleichbar an anderer Stelle nicht gibt. Die Umsetzung dieses Projektes war nur möglich auf der Basis eines weiteren massiven Kraftaktes. Warum?

Die Idee, ein gemeinsames Geschichtsbuch, ein identisches Geschichtsbuch für den Schulunterricht der Geschichte in Deutschland und in Frankreich zu entwickeln, entstand bei einem deutsch-französischen Jugendparlament, wurde dann von der Politik aufgegriffen. Wir sind in das Projekt eingestiegen und umgehend gab es Widerstand. Die ersten Einwände kamen von den Kultusministerien, die uns erklärt haben, dass dies ein Eingriff in die Kulturhoheit der Länder sei. Es komme überhaupt nicht infrage, dass es zukünftig ein einheitliches Unterrichtsmittel in allen deutschen Bundesländern gibt.

Und Widerstände gab es auch aus der französischen Ministerialbürokratie. Da hatten wir das gleiche Problem. Es ist ein Irrtum zu glauben, in einem zentralistischen System gingen die Dinge schneller. Falsch: In einem zentralistischen System ist die Redundanz der Apparate nicht geringer. Es bedurfte eines ziemlichen Kraftaktes, über diese Hemmschwellen hinwegzukommen. Ich habe irgendwann, nachdem ich gehört hatte, die Fachbeamten in der Kultusministerkonferenz haben das Projekt abgelehnt, meinen Kultusminister beschimpft und gesagt, das kann ja wohl nicht wahr sein. Sorge dafür, dass die Kultusminister einen Beschluss fassen, der dieses Projekt begrüßt. Das war leider nicht möglich. Nachdem er es nicht geschafft hatte, blieb mir dann nichts anderes übrig, als die Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Projekt zu beschäftigen. Da die 16 Ministerpräsidenten nett zueinander sind, zumindest netter als Kultusminister, haben wir das dann gemeinsam beschlossen. Damit war das Projekt innerstaatlich umgesetzt.

Folge: Es gibt in Deutschland ein einziges Schulbuch, nicht in Mathematik, nicht in Physik, nicht in Chemie, nicht in Deutsch, das bei allen 16 Kultusbürokratien als offizielles Unterrichtsmittel anerkannt ist, das ist das deutsch-französische Geschichtsbuch.

Ich glaube, eine gute Sache, weil über den symbolischen Wert hinaus, den dieses Buch hat, die Wahrnehmung ist, dass dieses Buch angenommen und im Unterricht eingesetzt wird. Bei der Erarbeitung dieses Buches war übrigens das Problem gar nicht mal in erster Linie die Vereinbarung der Inhalte oder die Bewertung historischer Abläufe. Der erste Band, der bisher erschienen ist, beschäftigt sich mit der Zeit von 1945 bis heute. Das eigentliche Problem waren die unterschiedlichen didaktischen Konzepte. Dies hat sehr viel mehr Kopfzerbrechen bereitet als die Frage der Bestimmung der Inhalte. Zurzeit erarbeiten wir den 2. Band, da ist es mit den Inhalten schon ein bisschen schwieriger. Bei-

spielsweise haben wir zurzeit eine Debatte, wann der 2. Band beginnt. Beginnt der – so unsere Vorstellung – bei Napoleon I., oder beginnt er – so die französische Vorstellung – bei Napoleon III.? Wenn er bei Napoleon I. beginnt, dann haben wir wenigstens mal einen Fall, bei dem die Franzosen nach Deutschland gekommen sind, und nicht immer umgekehrt. Der Konflikt ist nicht gelöst. Im Moment sieht es so aus, als ob er gelöst wird, indem der Band zwar bei Napoleon III. beginnt, dem aber eine Präambel zu Napoleon I. vorangestellt wird.

Unabhängig davon glaube ich, dass das gemeinsame Geschichtsbuch ein Instrument ist, das geeignet ist, die Sonderbeziehung zwischen Deutschland und Frankreich zum Ausdruck zu bringen. Deswegen glaube ich auch, dass solche Projekte es verdienen, weiterverfolgt zu werden.

Meine Bitte an Sie ist, mitzuhelpen, Sensibilität zu schaffen, gerade bei jungen Menschen, dass Englisch nicht reicht. Und dass es vielleicht ganz gut ist, wenn man über den Kreis des Englischen hinausschaut, einmal darüber nachzudenken, ob nicht Französisch eine wirklich spannende Geschichte sein kann.

Ich bin in diesem Zusammenhang traumatisch geprägt, von einem persönlichen Erlebnis. Natürlich gibt es nach wie vor die Schüleraustauschmaßnahmen über das deutsch-französische Jugendwerk. Ich habe drei Buben. Die zwei kleinen sind noch zu klein, um an solchen Maßnahmen teilzunehmen. Der älteste, der jetzt Abitur gemacht hat, hat an einer solchen Maßnahme teilgenommen. Er war ein paar Wochen in Frankreich, dann kam sein französischer Partner ein paar Wochen zu uns. Meine Frau und ich waren natürlich bemüht, intensiv deutsch und französisch mit dem jungen Franzosen zu reden. Das ging mal gut und ging mal schief. Wenn mein Sohn sich mit ihm unterhalten hat, dann haben die beiden nur englisch miteinander gesprochen.

Das ist nicht der richtige Weg, das nötige Maß an interkultureller Kompetenz zu erwerben, das erworben werden sollte. Ich glaube, dass wir hier nach wie vor einen gemeinsamen Auftrag haben und diesen Auftrag auch gemeinsam wahrnehmen sollten.

Der Austausch zwischen den Zivilgesellschaften, beginnend auf der Ebene der Schüler, beginnend bei der Frage der Sprache, aber dann weit darüber hinausgehend, ist das Fundament, auf dem die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ruhen. Wir brauchen dieses Fundament, wenn die politischen Beziehungen dauerhaft gedeihlich ausgestaltet sein sollen. Hier ist jeder von uns gefordert. Auf politischer Ebene haben unsere beiden Länder nach meinem Dafürhalten insbesondere den Auftrag, Motor der europäischen Entwicklung zu sein. Ich habe dies ja bereits gesagt und will ein paar Bemerkungen hierzu aus meiner Sicht machen.

Wir sind im Moment in der Phase der EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland. Kommenden Sonntag ist der 50. Jahrestag der Europäischen Verträge. Natürlich stellt sich die Frage: Wo steht Europa? Wie ist die Perspektive, vor der wir in Europa stehen? Welche Rolle spielen Deutschland und Frankreich in Europa?

Manches, was dabei in der Bundesrepublik Deutschland gedacht wird, glaube ich, sollte mit den französischen Partnern stärker verklammert werden. Sicherlich haben wir im Moment eine besondere Situation. Sie wissen, in Frankreich läuft der Präsidentschaftswahlkampf. Das führt natürlich dazu, dass das politische Tagesgeschäft erledigt wird, aber darüber hinaus die Bewegungsmöglichkeiten begrenzt sind. Die europapolitischen, die deutsch-französischen Vorstellungen der drei großen Favoriten in diesem Präsidentschaftsrennen sind nicht wesentlich unterschiedlich. Wer das Rennen machen wird, kann ich Ihnen nicht sagen.

Insoweit bin ich ganz froh, dass der ursprünglich in Aussicht genommene Termin meines Vortrages nicht funktioniert hat. Wenn ich zu diesem Zeitpunkt da gewesen wäre, hätte ich Ihnen einen Favoriten im Rennen um die Präsidentschaft genannt. Damals war nämlich meine Überzeugung, dass man als Mann resigniert zur Kenntnis zu nehmen hat, dass die Frauen nicht aufzuhalten sind. Das hat sich mittlerweile etwas verändert. Das Rennen ist sehr, sehr offen und schwer vorherzusagen, bis hin zu der Frage, wer denn überhaupt die Stichwahl erreichen wird.

Wir erleben, dass Bayrou plötzlich in den Umfragen nach oben schießt und eine Chance hat, möglicherweise sogar in die Stichwahl zu kommen, und es steht noch nicht einmal fest, gegen wen. Wie auch immer, ich glaube, dass in den grundsätzlichen europapolitischen Überzeugungen Unterschiede zwischen den Kandidaten, die im Rennen sind, allenfalls marginale Unterschiede sind. Der überzeugteste Europäer – nehmen Sie das bitte nicht als Empfehlung, sondern als bloße Beschreibung – der überzeugteste Europäer ist wohl Bayrou. Wie auch immer: Wir werden nach der Präsidentschaftswahl – nach meinem Dafürhalten – sehr schnell die Frage, wie geht es weiter mit dem europäischen Verfassungsvertrag, auf der Tagesordnung haben. Ich glaube, dass es richtig wäre, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine unveränderte Beschlussfassung über diesen Verfassungsvertrag auch vor dem Hintergrund des Referendums in Frankreich – das negativ war – nicht möglich ist. Ich bin ganz froh, dass sich insoweit die Diktion auch etwas verändert hat.

Vor 9-10 Monaten gab es noch eine Diktion mit dem Inhalt: Die Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland wird das Ziel haben, einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese Verfassung in Europa beschlossen wird. Das ist mittlerweile ersetzt durch die Formulierung, dass die Verfassung in ihrer Substanz beschlossen wird. Ich glaube, dass das die Handlungsspielräume eröffnet, die wir brauchen. Wir werden den vorliegenden Entwurf ohne Veränderungen nicht in allen europäischen Ländern mehrheitsfähig machen können. Deshalb ist es richtig, einen praktikablen Weg zu suchen, der es ermöglicht, die Substanz des Vertrages zu erhalten. Ich glaube auch, dass es ein Stück weit richtig sein wird, die institutionellen Fragen, die dringend geregelt werden müssen, vorab zu entscheiden. Die Gemeinschaft in ihren jetzigen Strukturen ist eigentlich nur noch begrenzt handlungsfähig. Die institutionellen Fragen sind zu klären. Das sind auch nicht die Fragen, die dazu geführt haben, dass in den Niederlanden und dass in Frankreich die Referenden negativ ausgegangen sind. Deshalb wäre es vernünftig, zunächst diese institutionellen Fragen zu entscheiden und sich anschließend mit der Frage zu beschäftigen, was ist mit den übrigen Teilen des Verfassungsvertrages.

Lassen Sie mich eine weitere Überlegung hinzufügen: Wenn Sie während des Referendums in Frankreich unterwegs waren, dann haben Sie dort zur Kenntnis nehmen können und müssen, dass nicht der Inhalt des Vertrages die Ursache für das „Nein“ war. Ich glaube, auch dies ist ein Thema, mit dem wir uns gemeinsam in Europa beschäftigen müssen und bei dem Deutschland und Frankreich eine wichtige Rolle spielen können. Entscheidende Ursache für das „Nein“ war auch nicht, auch wenn das in Deutschland immer behauptet worden ist, die Unzufriedenheit mit der Regierung Chirac. Nein: Die zentralen Vorbehalte waren schon Vorbehalte in einem europäischen Kontext. Der erste Vorbehalt war ein Vorbehalt mit Blick auf das Tempo der Erweiterung der Europäischen Union.

Mir haben in vielen Gesprächen Franzosen den schlichten und einfachen Satz gesagt: „Nous ne voulons pas la turquie – Wir wollen den EU-Beitritt der Türkei nicht.“ Und deshalb haben sie zum Verfassungsvertrag, der diese Frage überhaupt nicht anspricht, „nein“ gesagt. Ich

glaube, dass das ein Signal ist, das wir annehmen sollten. Wir haben den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union in einem hohen Tempo vorangetrieben. Vielleicht sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir darüber nachdenken sollten, ob eine Atempause vielleicht hilfreich ist.

Der zweite Vorbehalt war ein Vorbehalt, der nach meinem Dafürhalten auch in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend empfunden wird. Das war ein Vorbehalt gegenüber dem Regelungsanspruch der europäischen Institutionen.

Wir haben in Europa einen Paradigmenwechsel. Einen Paradigmenwechsel dergestalt, dass nach dem Selbstverständnis, etwa in der Europäischen Kommission, vor allem aber in den Beamtenapparaten der europäischen Institutionen, die Aufgabe der Europäischen Union eben nicht nur darin gesehen wird, grenzüberschreitende Probleme zu lösen und die Verwirklichung der Grundfreiheiten der Verträge umzusetzen. Das Verständnis umfasst einen generellen Regelungsanspruch mit Blick auf die Situation in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Daraus resultiert dann, auf der Basis der Fachbruderschaften auf nationaler und europäischer Ebene, die es dann ergänzend noch gibt, ein unheilvoller Mechanismus: Da erscheint zunächst ein Grün-Buch oder ein Weiß-Buch auf europäischer Ebene zu irgendeinem Themenfeld. Der Hinweis, der Gegenstand liege außerhalb der Kompetenz der EU, wird zurückgewiesen mit dem Hinweis, dass das Buch auch nur ein unverbindliches Gedankengebäude beinhaltet, und nur Ideen gesammelt worden seien. Irgendwann aber wird aus dem Grün-Buch ein Richtlinienentwurf. Und irgendwann wird auch eine Richtlinie beschlossen und schon sind wir in der Situation, die Regelungen auf nationaler Ebene umsetzen zu müssen, obwohl diese bei vernünftiger Anwendung des Subsidiaritätsprinzips wahrhaft nicht notwendig wären.

Gerade wenn Sie überzeugter Europäer sind – ich nehme das für mich in Anspruch –, glaube ich, sollte man sich daran erinnern und dafür eintreten, dass dieses Europa subsidiär organisiert sein muss. Die Frage, wie viele Sonnenschirme in einem Biergarten aufgestellt werden müssen, muss man in Helsinki nicht zwingend genauso beantworten wie in Athen. Die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – auch dies ist eine gemeinsame Aufgabe für Deutschland und Frankreich.

Neben dieser Vorreiterrolle bei der weiteren Entwicklung der Europäischen Union glaube ich, dass die deutsch-französische Partnerschaft natürlich auch eine wichtige Grundlage für die Bearbeitung einer Reihe von Themen ist, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, die aber weit über den Kreis der Europäischen Union hinausgehen. Da will ich nur ein Stichwort nennen bezüglich eines Themas, das gegenwärtig Konjunktur hat. Es gibt ja Themen, die tauchen auf, jeder erregt sich und plötzlich verschwinden sie wieder. Im Moment ist dies das Thema Klimaschutz. Jeden Tag gibt es einen neuen Vorschlag: Man soll nicht mehr mit dem Flugzeug in Urlaub fliegen und nur noch Energiesparlampen verwenden, Standby-Tasten bei Elektrogeräten werden künftig nicht mehr eingebaut und mit dem Autofahren ist das auch so eine Sache. Die Diskussion ist sehr hektisch im Moment. Dabei ist dieses Thema ein sehr ernstes Thema. Wir werden uns dem Thema zu stellen haben. Vielleicht können auch da Deutschland und Frankreich voneinander lernen.

Ich will dabei aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Zentraler Punkt ist die Frage: Wie reduzieren wir CO₂? Wir haben uns auf ein Ziel minus 20% bis zum Jahr 2020, wenn andere mitmachen, sogar minus 30% auf europäischer Ebene verständigt. Das ist einfach. Aber ist dieses Ziel auch erreichbar?

Da müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir in diesem Bereich bisher grandios gescheitert sind. Wir befinden uns im Moment in der Umsetzung der ersten Phase des Kyoto-Protokolls. Dieses sieht im Zeitraum von 1990 bis 2008 eine Reduzierung der CO₂-Emission auf europäischer Ebene um 8% vor. 75% dieser Last soll die Bundesrepublik Deutschland alleine erbringen. Wir liegen auch gar nicht schlecht! Wir haben eine Reduktion in einer Größenordnung von etwa 16%. Aber: Warum? Weil wir die neuen Länder deindustrialisiert haben. Die CO₂-Einspareffekte in der Bundesrepublik Deutschland gehen ganz wesentlich auf das Konto der Deindustrialisierung in den neuen Ländern.

Europaweit liegen wir zurzeit bei minus eins. Ob wir die minus acht erreichen, ist sehr zweifelhaft und gleichzeitig wollen wir bis 2020 minus 20% erreichen. Wenn das so ist, müssen wir uns fragen: Wo sind die großen Batzen der CO₂-Emission und was ist da möglich? Der dickste Batzen ist die Energieerzeugung, ist die Stromerzeugung. Beim letzten Europäischen Rat gab es vor diesem Hintergrund eine Kontroverse zwischen Deutschland und Frankreich. Die französische Seite hat nämlich erklärt, bei der Erzeugung von Energie, insbesondere bei der Erzeugung von Strom in der Grundlast, könne Frankreich gar nicht so viel sparen wie Deutschland. Warum?

Weil die Stromversorgung in der Grundlast überwiegend auf der Basis der Kernenergie erfolgt. Es gibt ja den einen oder anderen deutschen Politiker, der neuerdings behauptet, Kernenergie sei ja hoch-CO₂-emittierend. Diese Behauptung hat nicht lange gehalten, es war ein untauglicher Versuch, eine notwendige Diskussion zu vermeiden. Ich jedenfalls glaube, dass wir uns schon einmal die Frage stellen sollten, ob es denn wirklich auch und gerade mit Blick auf das Thema CO₂ richtig, sinnvoll und vernünftig ist, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland entschieden haben, Energieerzeugungsanlagen, Kernkraftwerke, die sicher sind, die vernünftig funktionieren, die im Übrigen, weil sie mittlerweile am Ende der Laufzeit sind, zu sehr günstigen ökonomischen Konditionen Strom zur Verfügung stellen können, einfach abzuschalten.

Ich glaube das nicht.

Sondern ich glaube, dass wir schon noch einmal die Frage des Atomausstiegs prüfen sollten – unabhängig davon, was da irgendwann zwischen Bundesregierung und Energieerzeugern vereinbart wurde. Egal, was da mal unterschrieben wurde, und unabhängig von dem Umstand, dass im Koalitionsvertrag der Großen Koalition an diesem Punkt nur steht: „We agree to disagree – wir stimmen darin überein, dass wir nicht übereinstimmen.“ Hier geht es um die Frage, bei der ich glaube, dass es ökologisch und ökonomisch verantwortlich wäre, wenn wir ideologischen Ballast ein Stück weit abwerfen. Wir werden in der klimapolitischen Debatte nur glaubwürdig sein, wenn wir eine wirkliche Vorreiterrolle haben. D.h., dass wir Vorreiter sein müssen bei den regenerativen Energien und bei den Fragen der Energieeffizienz. Da kann möglicherweise die französische Seite das eine oder das andere bei uns lernen. Umgekehrt: Bei der Frage, wie reduzieren wir den Einsatz fossiler Energieträger und welche Ersatzoptionen stehen zur Verfügung, können wir unsererseits von unseren französischen Partnern lernen.

Dritter Punkt, letzter Punkt: Ich glaube, dass wir auch bei weiteren Dingen gemeinsame Verantwortung haben. Und voneinander lernen können. Ich will einige Punkte nennen, wo ich glaube, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland gut beraten sind, wenn wir den Blick etwas intensiver auf den französischen Nachbarn richten. Ich höre allenthalben, eines der größten Probleme in der Bundesrepublik Deutschland sei die demografische Entwicklung. Das stimmt ja auch. Wir haben mit die

niedrigsten Geburtenquoten in der Welt. Ich selbst bin bei dem Thema stressfrei, da ich meine bevölkerungspolitische Mindestquote mit drei Kindern erbracht habe. Dennoch: Die Geburtenquote in Frankreich ist viel höher. Auch noch nicht bei 2,1, was wir brauchen würden, wenn wir die Bevölkerungszahl stabil halten wollten, aber nicht mehr weit davon entfernt. Hat das vielleicht etwas damit zu tun, dass Fragen, die wir zurzeit mit Inbrunst diskutieren, in Frankreich gar nicht gestellt werden?

Hat das vielleicht damit zu tun, dass ein flächendeckendes System von Tagesmüttern, dass ein flächendeckendes Angebot von Betreuungsmöglichkeiten auch schon im Vorkindergartenalter in Frankreich selbstverständlich ist? Hat das etwas damit zu tun, dass in Frankreich kein Mensch – und das ist meine Wahrnehmung – auf die Idee kommen würde, zu sagen: Eine Frau, die ein kleines Kind hat und gleichzeitig berufstätig ist, ist eine Rabenmutter. Aber auch kein Mensch auf die Idee kommen würde, zu sagen: Eine Frau, die zu Hause bleibt und sich um die Erziehung der Kinder kümmert, ist ein Heimchen am Herd. Sondern alle sagen, Kinder sind Zukunft. Es gibt unterschiedliche Modelle, mit Kindern groß zu werden, und jeder, der das macht, hat Anerkennung und Unterstützung verdient. Ich glaube, auch da könnten wir von den französischen Nachbarn was lernen.

Ein zweiter Punkt. Ein zweites Thema, mit dem wir uns in Deutschland immer wieder beschäftigen, ist ja nun das Thema: Unsere Ausbildungszeiten sind zu lang. Es dauert zu lange, bis die Leute in den Beruf kommen. PISA-Ergebnisse sind bekannt. Da haben wir in Deutschland nicht so toll abgeschnitten. Hamburg übrigens auch nicht.

Hat das vielleicht etwas damit zu tun, dass wir viel zu spät damit beginnen, unsere Kinder zu fördern und zu fordern? Ich empfehle, mal das System der Écoles Maternelles in Frankreich anzuschauen. Ich empfehle sehr, sich dies einmal anzuschauen, unter dem Gesichtspunkt von Bildungsinhalten in den Kindergärten. Das letzte Kindergartenjahr ist eigentlich ein Vorschuljahr. Weshalb es übrigens nach meinem Dafürhalten gebührenfrei sein muss, was es im Saarland auch ist.

Man sollte sich wirklich einmal in den französischen Einrichtungen anschauen, mit welcher Freude die Kinder im Vorschulalter Buchstaben zusammenlegen, Silben bilden lernen und mit Zahlen umgehen. Ich habe erbitterte Debatten in dieser Frage hinter mir nach dem Motto: Wer schon in den Kindergarten Bildungsinhalte trägt, stiehlt den Kindern ihre Kindheit. Falsch, von Grund auf falsch. Ich glaube, da müssen wir umdenken und da können wir von Frankreich lernen. Auch mit Blick auf andere Fragen des Bildungssystems. Mir kann keiner erklären, dass bei vernünftig ausgestalteten Lehrplänen ein Gymnasium 9 Jahre dauern muss. Dauert es im Saarland auch nicht. Dies war im Übrigen auch nur möglich, weil wir die Kultusministerkonferenz ignoriert haben, als das 8-jährige Gymnasium flächendeckend eingeführt wurde. Also, auch da, glaube ich, können wir ein Stück von Frankreich lernen.

Fazit: Deutschland und Frankreich können vieles voneinander lernen. Deshalb müssen sie neugierig aufeinander sein. Sie sind auch heute noch in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden und unverzichtbarer Motor der europäischen Entwicklung. Deshalb ist das Engagement für die deutsch-französische Partnerschaft ein lohnendes Engagement. Packen wir es gemeinsam an. ■